

Pressemitteilung

Berlin, 28. Februar 2024

Zusage zur Hauptstadtzulage für Mitarbeitende freier Träger muss eingehalten werden!

Trotz der klaren Zusage für eine Hauptstadtzulage für freie Träger seitens des Senats steht die Refinanzierung nun wieder zur Debatte. D.h. das Land Berlin will Mitarbeitende freier Träger für die gleiche Arbeit schlechter zu bezahlen als Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Bei allen Wohlfahrtsverbänden, die in der LIGA Berlin organisiert sind, ist das Unverständnis groß.

Dr. Ursula Schoen, Direktorin des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V. und Federführung Liga Berlin:

„Die Ankündigung der Senatsverwaltung für Finanzen, einen Tarifvertrag anzustreben, der die Mitarbeitenden im Bereich Zuwendungs- und Entgeltfinanzierung explizit ausschließt, erreicht uns in einer Situation, in der die freie Wohlfahrtspflege intensiv mit dem Land Berlin um eine verlässliche und gerechte Ausfinanzierung des sozialen Netzwerks in Berlin ringt. Wenn bestehende Zusagen quasi über Nacht wertlos werden, dann führt dies zu einem enormen Vertrauensverlust in die Verlässlichkeit unserer politischen Partner und Partnerinnen im Senat und in der Verwaltung.“

Gerade jetzt, in einer schwierigen gesellschaftlichen Situation, werde die soziale Versorgung der Berlinerinnen und Berliner durch dieses Verhalten geschwächt, so **Prof. Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin:** *„Es ist ungerecht und völlig inakzeptabel, dass die Regierungsparteien der Ungleichbehandlung sozialer Organisationen nicht nur zusehen, sondern sie selbst produzieren. Das muss endlich beendet werden!“*

Von einem enormen Vertrauensverlust spricht auch **Oliver Bürgel, Landesgeschäftsführer der Berliner AWO:** *„Allein die Einführung der Hauptstadtzulage 2020 nur für Landesbedienstete war ein massiver Vertrauensbruch. Nun, vier Jahre später, wiederholt sich dieser Vertrauensbruch, indem Versprechen gebrochen werden. So wird die Basis für eine faire Zusammenarbeit zerstört.“*

Ebenso kritisch äußert sich **Prof. Dr. Ulrike Kostka, Diözesandirektorin der Berliner Caritas:**

„Mitarbeitende von freien Trägern müssen sich auf das Land Berlin verlassen können. Sie leisten das Gleiche wie ihre Kolleg:innen in öffentlichen Einrichtungen. Deshalb muss die Hauptstadtzulage für alle gelten. Wir wollen nicht besser, sondern nur gleich behandelt werden.“

Weiterhin sei die Hauptstadtzulage nicht nur ungerecht, sondern bedeute auch, dass das Land seinen eigenen Einrichtungen einen Vorteil im Wettbewerb um Fachkräfte verschaffe, so die LIGA Berlin. Um es klar zu sagen: Es geht nicht darum, den Kolleginnen und Kollegen, die jetzt die Hauptstadtzulage erhalten, diese zu streichen. Gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Aber das gilt nicht nur für Beschäftigte im öffentlichen Dienst! Deshalb: **Hauptstadtzulage für alle!**

Hintergrund

Seit November 2020 wird den Beschäftigten des Landes Berlin eine monatliche sog. Hauptstadtzulage i. H. v. 150 Euro brutto gewährt. Mittlerweile ist diese Hauptstadtzulage auch tariflich verankert. Seit Bestehen der Hauptstadtzulage kämpfen auch die freien Träger in Berlin für die Gewährung dieser Zulage. Über 100.000 Menschen arbeiten bei freien Trägern in Berlin. Sie sind Erzieherinnen und Erzieher, arbeiten in Familien- und Stadtteilzentren, in der Jugendhilfe uvm. Sie beraten Menschen in existenziellen Notlagen oder helfen bei Behördengängen – kurzum: Sie halten Berlin am Laufen.

Pressekontakt:

Vanya Püschel, Presseassistentin Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz/ Federführung Liga Berlin
Tel.: 030 820 97 111 | E-Mail: presse@dwbo.de